Kaiser aus, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten, während die Militärkapellen einen Tusch bliesen. Die Kapelle des Königs-Infanterie-Regiments Nr. 145 intonierte die Nationalhymne, welche von der Menschenmenge mitgesungen wurde. Der Kaiser und die Kaiserin erschienen auf dem Balkon, huldvollst dankend. Während der Ovation war die Kathedrale durch elektrische Scheinwerfer und bengalische Feuer wirkungsvoll beleuchtet. Kurz nach 10½ Uhr fuhren die Majestäten unter den jubelnden Zurufen der Bevölkerung zum Bahnhofe. Gegen 11 Uhr erfolgte mittels Sonderzuges die Abfahrt nach Kurzel. — Heute vormittags empfing der Kaiser, wie aus Schloß Urville gemeldet wird, den Chef des Militärkabinetts zum Vortrage.

— Wenn auch über die Reise des Kaisers nach Jerusalem noch nicht die letzten Entscheidungen getroffen sind, so rücken die Vorbereitungen doch immer weiter vor. Zunächst werden alle Vorkehrungen für die Mitreise der Kaiserin getroffen, doch hängt der betreffende endgültige Entschluß davon ab, daß sich der Gesundheitszustand Ihrer Majestät auf seinem jetzigen vorzüglichen Standpunkte erhält. Von seiten des Oberhofmarschallamts sind noch Ermittelungen über die Verhältnisse in Palästina, sowohl in Jerusalem, wie in der Umgegend, angestellt worden; auch heißt es, daß der Kaiserliche Konsul in Jerusalem Dr. von Tischendorf nach Berlin berufen ist, um selbst ausführlichen Bericht zu erstatten. Unbestimmt ist noch, ob die Abfahrt der Kaiserjacht „Hohenzollern" von Triest oder von Genua stattfindet, ebenso ist noch nichts davon bekannt, ob der Kaiser einen Besuch in Konstantinopel machen wird. Die Einladungen an diejenigen Personen, welche den Kaiser auf der Reise begleiten sollen, werden wahrscheinlich nicht vor September ergehen.

— Der Präsident des Deutschen Flotten-Vereins Fürst zu Wied hat dem Kaiser von der Begründung des Deutschen Flotten-Vereins mündlich Mitteilung gemacht. Seine Majestät hat mit hoher Befriedigung diese Mitteilung entgegen genommen. Nunmehr ist das schriftliche Gesuch wegen Allerhöchster Genehmigung der Protektoratsübernahme durch den Prinzen Heinrich von Preußen unter Beifügung der Vereinsstatuten an den Kaiser gerichtet worden. Bereits unterm 18. April hat der nunmehrige Sekretär des Deutschen Flotten-Vereins Herr Viktor Schweinburg nachstehendes Schreiben aus dem Geheimen Civilkabinett des Kaisers erhalten: „Berlin, 18. April 1898. Euer Wohlgeboren teile ich in Erwiderung des gefälligen Schreibens vom 11. d. ergebenst mit, daß Seine Majestät der Kaiser und König von der beabsichtigten Bildung eines Deutschen Flotten-Vereins mit Befriedigung Kenntnis zu nehmen geruht haben und dem patriotischen Unternehmen einen guten Fortgang wünschen lassen. Auch sind Seine Majestät gern bereit, Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Heinrich von Preußen die Genehmigung zur Uebernahme des Protektorats über diesen Verein seinerzeit zu erteilen. Der Geheime Kabinettsrat, Wirkliche Geheime Rat Lucanus."

— Dem Vorsitzenden des Reichs-Ausschusses für die deutschen Nationalfeste, Abg. v. Schenckendorff, ging aus dem Civil-Kabinett des Kaisers das folgende Schreiben zu: Berlin, 4. Mai 1898. Ew. Hochwohlgeboren teile ich auf die gefällige Zuschrift vom 22. vor. Mts. ganz ergebenst mit, daß ich nicht unterlassen habe, die mir übersandten Schriften an Allerhöchster Stelle vorzulegen. Seine Majestät der Kaiser und König haben daraus mit besonderer Teilnahme ersehen, daß die Angelegenheit der deutschen Nationalfeste insofern in ein neues und bedeutsames Stadium ihrer Entwickelung eingetreten ist, als Rüdesheim mit dem Niederwald als Feststätte gewählt worden ist. Seine Majestät haben mich beauftragt, Ew. Hochwohlgeboren für Ihre Mitteilung freundlichst zu danken. Der Geheime Kabinetts-Rat, Wirkliche Geheime Rat Lucanus.

— Beim Fürsten Bismarck trafen, wie dem „B. L.-A." gemeldet wird, Graf und Gräfin Waldersee, um sich beim Verlassen des 9. Armeecorps in Friedrichsruh zu verabschieden, sowie Freiherr v. Stumm-Halberg ein. Der Fürst hat in diesen Tagen wieder etwas Gesichtsschmerzen, deshalb wurden die Ausfahrten zunächst unterlassen.

— Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe hat sich heute auf kurze Zeit nach seiner im Kreise Wirsitz belegenen Besitzung Grabowo begeben.

— Laut „R.-A." hat der Kaiser dem Unter-Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Wirkl. Geh. Legationsrat Dr. Frhrn. v. Richthofen den Roten Adler-Orden 2. Klasse mit Eichenlaub verliehen.

— Unmittelbar nach dem Schlusse des Landtages gedenken sich der Vicepräsident des Staatsministeriums, der Kultusminister und der Minister des Innern nach Posen zu begeben, um an Ort und Stelle über diejenigen Maßnahmen im einzelnen zu verhandeln, welche zur Hebung des kulturellen und wirtschaftlichen Niveaus der Provinz und damit zum Schutze des Deutschtums in derselben zu treffen sein möchten.

— Nachdem der Konsul v. Syburg Algier verlassen hat, um sich nach Batavia zu begeben, werden die Geschäfte des Kaiserlichen Konsulats in Algier bis zum Eintreffen des neuen Titulars von dem österreichisch-ungarischen Generalkonsul, Botschaftsrat Grafen Crenneville, wahrgenommen.

— Die vereinigten Ausschüsse des Bundesrats für das Landheer und die Festungen, für Handel und Verkehr und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen hielten heute eine Sitzung.

— Das Auswärtige Amt antwortete, den „Berl. Neuest. Nachr." zufolge, auf die Eingabe deutscher Firmen in Manila um Schutz, daß 4 Schiffe des Kreuzergeschwaders nach Manila beordert sind. Zwei sind bereits dort und zwei dürften Mitte nächster Woche dort eintreffen. Nach Ende des Krieges wären für die eintretenden Beschädigungen die entsprechenden Entschädigungen zu verlangen.

— Der Deutsche Flottenverein, Vorsitzender Fürst zu Wied, erläßt, wie schon erwähnt, einen Aufruf, welcher alle patriotisch gesinnten Deutschen auffordert, dem Flotten-Verein beizutreten, der kein politischer Verein ist und keine politische Richtung bevorzugt. Der Jahresbeitrag beruht auf Selbsteinschätzung und beträgt mindestens 50 Pfg. jährlich.

— KK Die französische Wahlschlacht ist geschlagen. Das französische Parlament besteht aus fast zweihundert Abgeordneten mehr als das unsrige; gleichwohl sind „nur" etwa 190 Stichwahlen nötig. Bei uns wird das Verhältnis leider ein noch viel ungünstigeres werden. Der Bestand der Parteien in der neuen französischen Kammer scheint ziemlich unverändert bleiben zu sollen. Auch die Socialdemokraten, welche sehr siegesgewiß vorgegangen waren, haben an Mandaten so gut wie nichts gewonnen; dagegen sind ihre Hauptführer geschlagen worden. Das ist gerade in Frankreich, wo die Socialdemokratie sich noch weit mehr im Stadium des Vorschreitens als bei uns befindet, eine sehr bedeutsame Erscheinung. Die socialdemokratischen Führer trösten sich denn auch bei dem ungünstigen Wahlgeschäft mit dem größeren Zuwachs der Stimmen. Bekanntlich wird auch bei uns in diesem Sinne operiert. Auf diese Weise kann die Socialdemokratie selbst bei sehr starken Niederlagen „beweisen", daß sie gesiegt habe. Solche Scheinsiege aber sind nicht zu fürchten; werden die Mandate decimiert, so hören solche „Siege" in späteren Wahlkämpfen von selbst auf.

— Der Bund der Landwirte des Wahlkreises Ottweiler hat den Landgerichtsdirektor Crönert-Halle gegen den Frhrn. v. Stumm aufgestellt.

— Die „Hamb. Nachr." schreiben: „Unser neuerlicher Bericht über das Abkommen zwischen der Leitung des Bundes der Landwirte und den Antisemiten auf gegenseitige Wahrung des Besitzstandes ist mit Unrecht in Zweifel gezogen. Derselbe beruht auf Mitteilungen, welche das Mitglied der Bundesleitung Herr Dr. Diedrich Hahn einem Mitgliede des Abgeordnetenhauses gegenüber gemacht hat und giebt den Inhalt dieser Mitteilungen des Dr. Hahn dem Sinne nach genau wieder."

— In einer großen, ziemlich stark besuchten Wählerversammlung der drei vereinigten nationalen Parteien des 6. Berliner Reichstagswahlkreises hielt am Sonnabend Hofprediger a. D. Stöcker seine Kandidatenrede. Stöcker behandelte das Thema: „Die Reichshauptstadt muß das socialdemokratische Joch brechen", und begründete diese Forderung mit der vaterlands- und christentumsfeindlichen Haltung der Socialdemokraten, deren einziges Verdienst die Kritik öffentlicher Uebelstände sei. (Lebhafter Beifall.) In der Besprechung behauptete zuerst ein Anarchist Marck, daß das Christentum im graden Gegensatz zu den Sätzen des Vorredners stehe, daß der Anarchismus dasselbe Ziel habe wie das Christentum: die Gleichheit der Menschen, und endlich, daß er fortan von allen Gewaltstreichen absehen wolle, weil diese von der Regierungsmaschinerie angewendet würden. Der Redner wurde durch Schlußrufe und Abstimmung nach etwa ¼stündiger Rede gezwungen, abzutreten. Unter den folgenden, meist socialdemokratischen Rednern sprach ein junger Mann gegen das stehende Heer und zu Gunsten des Miliz-Systems, wofür er die Niederlage der Preußen von 1806 und die „Erfolge" der Bourbakischen Armee von 1870 anführte. Buchdrucker Mitsching, früher Socialdemokrat, trat für die Kandidatur Stöcker ein, ebenso Tischler Petri. Dr. Groß bedauerte, daß man die Mittel-Parteien in Berlin nicht auch zum Kampf gegen die Socialdemokraten aufgerufen habe. Man solle den Socialdemokraten nicht Unrecht thun, indem man sage: ihr taugt nichts. Unter großer Unruhe und lebhaftem Widerspruch der Versammlung verbreiteten sich einige junge Arbeiter u. a. über Kants Philosophie, die das Christentum vernichtet habe. Ihnen traten Herr Kluge, Kandidat Piersig und der Referent im Schlußwort entgegen. Vor dem Beginn des letzteren verließen die Socialdemokraten demonstrativ den Saal. Die Zurückbleibenden bestätigten einstimmig die Kandidatur Stöcker.

— KK. Zur „Mauserungslegende". Herr Singer äußerte in einer socialdemokratischen Versammlung zu Berlin am Donnerstag u. a folgendes: „In den Reihen unserer Gegner spricht man so oft davon, daß die Socialdemokratie aufgehört hat, eine revolutionäre Partei zu sein, daß sie gewisse Reformen anstrebe, über die sich reden lasse. Wenn wir uns auch zuweilen der einen oder anderen Partei zur Erreichung unserer Ziele bedienen, unsere prinzipiellen Gegensätze bleiben in voller Schärfe bestehen. Die Socialdemokratie unterscheidet sich von allen anderen Parteien dadurch, daß sie die bürgerliche Gesellschaft als solche bekämpft. Was wir in ihr erreichen, betrachten wir nur als eine Abschlagszahlung, als eine Wegzehrung auf unserem Vormarsche zur Beseitigung der bestehenden Gesellschaft selbst." Die freisinnige Presse wird sich durch dieses freimütige Geständnis, das Herr Singer nur wagen darf, weil die freisinnigen „Bourgeois" teils viel zu schlapp, teils viel zu verbohrt sind, um auf die socialdemokratischen Zumutungen die richtige Antwort zu geben, nicht geschmeichelt fühlen. Die Socialdemokratie „bedient" sich zuweilen der einen oder der anderen Partei — insbesondere der Freisinnigen — und diese Parteien geben sich „mit Vergnügen" dazu her. Das ist ein Maß von „Entsagung", wie es uns einfach unverständlich ist.

— KK Ein socialdemokratisches Agitationsrezept veröffentlicht „einer der bekanntesten Parlamentarier" der Socialdemokratie im „Vorwärts". Darin wird hervorgehoben, daß es sich für jene Partei wesentlich darum handle, in möglichst viel neue Gebiete einzudringen, dabei aber nicht zu versäumen, auch in sicheren Wahlkreisen für Vermehrung der socialdemokratischen Stimmen zu sorgen. Es läuft also auf die Liebknechtsche Aeußerung hinaus, daß es weniger auf Mandate als auf eine hohe Stimmenzahl für die Socialdemokratie ankomme. Man will mit Siegen prahlen und über zwei Millionen Stimmen erlangen! Möchten die „Mitläufer" sich das vor Augen halten und bedenken, daß jede Stimme mehr den Größenwahn und die Zuversicht der Socialdemokratie erhöht. In dem erwähnten Rezept wird darauf hingewiesen, daß es nötig sei, überall Vertrauensmänner zu haben, um bis in die äußersten Winkel der Wahlkreise vordringen zu können. Die Hauptstützpunkte für die Agitation seien die Städte als Sitz der Centralleitung in den Wahlkreisen. Es sei zur Erhöhung der Agitationsthätigkeit eine geeignete Person anzustellen, die für die Dauer der Wahlarbeit eine entsprechende „Geldentschädigung" erhält. In der Agitation soll, so wird empfohlen, die Socialdemokratie „möglichst sachlich" sein — das wird nur ein frommer Wunsch bleiben, wenn er überhaupt ernst zu nehmen ist; denn im „Vorwärts" selbst herrscht bekanntlich die Sachlichkeit nicht. — Zum Schluß wird in dem Rezept gefordert, daß die Socialdemokratie nicht den linksstehenden Kandidaten mehr bekämpfe als den rechtsstehenden, der der Hauptfeind sei, der nicht nur die „Beseitigung des Wahlrechts", sondern auch noch „ähnliche Schurkereien" im Schilde führe. Man sieht, auf welch „sachlichem" und — kindlichem Standpunkte die „wissenschaftliche" Socialdemokratie sich befindet.

— Der Wahlkampf kostet Hunderttausende, so schreibt der „Vorwärts". Sie müssen aufgebracht werden und sie werden spielend aufgebracht, wenn die Genossen sich überall und bei jeder Gelegenheit des Centralfonds erinnern. — „Dasselbe gilt", so bemerkt hierzu die „Freis. Ztg.", „auch für die Freisinnige Volkspartei und deren Centralwahlfonds." — Wie wir hören, bemerkt die „Kreuzztg." hierzu, ist dieser Fonds auf dem besten Wege, dem socialdemokratischen Ideal nahe zu kommen. Wir Konservativen müssen leider in dieser Beziehung bescheidener und schon mit „Zehntausenden" zufrieden sein. Aber dieser weitgehende Appell an die Opferwilligkeit der socialdemokratischen Arbeiter sollte auch uns zu einem Ansporn dienen.

— * S. „Mars" ist durch den Kaiser Wilhelm-Kanal nach Helgoland in See gegangen. S. „Grille" hat die Admiralstabsreise in der Ostsee angetreten. S. „Moltke" ist nach Eckernförde in See gegangen. S. „Carola" ist von Helgoland in See gegangen und mit S. „Hay" in Brunsbüttelkoog eingetroffen. S. „Hay" ist gestern in Kiel eingetroffen. S. „Pfeil" hat Cuxhaven passiert, Jacht „Hohenzollern" ist von Wilhelmshaven in See gegangen und hat auf Schillig Reede geankert. S. „Olga" ist in Wilhelmshaven eingetroffen. Tpdbt. „S 82" der A.-Torpedobotsdiv. ist, von Flensburg kommend, in Kiel eingetroffen. Tpddivbt. „D 5" beabsichtigt am 12. d. von Southampton in See zu gehen. S. „Blücher", Tpdbt. „S 83", „S 65" und „S 11" sind von Kiel nach Flensburg in See gegangen und daselbst eingetroffen. Die B-Torpbtdiv., ausschl. Tpbt. „S 73" ist von Flensburg in Sonderburg eingetroffen. — Die 2. Division des Kreuzergeschwaders, bestehend aus Schiffen „Deutschland", „Kaiserin Augusta" und „Gefion", — Divisionschef Contreadmiral Prinz Heinrich von Preußen — ist am 9. d. von Kiautschou nach Taku und S. M. Kreuzer „Prinzeß Wilhelm", Kommandant Korvetten-Kapitän Truppel, am 9. d. mit dem Geschwaderchef Viceadmiral von Diederichs an Bord von Kiautschou nach Nagasaki in See gegangen. — S. „Wolf", Kommandant Korvetten-Kapitän Schröder (Johannes), ist in Loanda eingetroffen und will am 14. Mai die Reise nach Kapstadt fortsetzen.

— [Kolonialpolitisches.] Von einer Abtretung Salagas, im neutralen Gebiet des Hinterlandes und der Goldküste von Togo, an Deutschland ist der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts, der „Kreuzztg." zufolge, nichts bekannt.

— [Parlamentarisches.] Die Mitteilung, daß Herr von Buol, der bisherige Präsident des Reichstags, ein Mandat nicht mehr annehmen wolle, veranlaßt die „Germania", die Hoffnung auszusprechen, „daß Frhr. von Buol sich, den Wünschen seiner Fraktionsgenossen und wohl der gesamten Centrumspartei im Reiche folgend, zur Wiederannahme einer Kandidatur entschließen werde". Das ist lediglich eine Angelegenheit des Centrums, in die man sich nicht zu mischen hat. Die „Germ." fährt aber fort, Herr v. Buol habe „die Uebernahme des Reichstags-Präsidiums als ein Opfer betrachtet, das er seinen politischen Freunden und der Centrumssache, nicht minder aber auch dem deutschen Vaterlande nicht versagen konnte". Seine kundige, gerechte und unparteiische Leitung der Geschäfte des Reichstags sei auf allen Seiten des Reichstags rühmend anerkannt worden. Und auch von diesem Gesichtspunkt aus, daß die Rückkehr des Herrn von Buol auf den Präsidentenstuhl im Interesse des deutschen Vaterlandes sei, dringt das Centrumsblatt in ihn, wieder ein Mandat anzunehmen. Wir haben, bemerkt hierzu die „Nat.-Ztg.", nicht das mindeste gegen Herrn von Buol persönlich, und auch wir anerkennen, daß seine Leitung der Präsidialgeschäfte „gerecht und unparteiisch" war; aber „kundig" war sie so wenig, daß der Reichstag überhaupt noch keinen Präsidenten gehabt hat, der seiner Aufgabe so wenig gewachsen war, wie Herr von Buol. Wir gehen auf die Gründe nicht näher ein, da es uns fern liegt, Herrn von Buol verletzen zu wollen; doch daß über seine Unzulänglichkeit als Präsident volle Uebereinstimmung geherrscht hat, ist notorisch, und es ist in der That ein starkes Stück, die fernere Führung des Präsidiums durch Herrn von Buol für ein deutsches National-Interesse auszugeben. Ob das Centrum im neuen Reichstag wieder den Präsidenten zu stellen haben wird, das wird vom Ergebnis der Wahlen abhängen; sollte es wieder der Fall sein, so könnte man nur wünschen, daß es in seinen Reihen eine für dieses Amt geeignetere Persönlichkeit finde, als Herr von Buol, unbeschadet seiner sonstigen achtungswerten Eigenschaften, gewesen ist.

— Nach der Geschäftsübersicht über die letzte Tagung des Reichstages sind 7880 Petitionen eingegangen. Davon betrafen 3449 die Invaliditäts- und Altersversicherung, 1031 die Besoldungsverhältnisse der Post- und Telegraphen-Unterbeamten, 775 die Abänderung von Bestimmungen über das Postwesen, 535 die Militärstrafgerichtsordnung, 491 die Sonntagsruhe, 320 die Vieheinfuhrverbote, 179 das Gesetz über die deutsche Flotte, 246 den Postzeitungstarif, 82 die Abänderung der Civilprozeßordnung, 65 das Gesetz über den Verkehr mit Wein. Die Petitionen haben folgende geschäftliche Behandlung erfahren: 3748 Petitionen sind dem Herrn Reichskanzler überwiesen, 354 durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, 1895 durch Beschlüsse des Reichstages für erledigt erklärt, 518 sind zur Erörterung im Plenum für nicht geeignet erachtet worden, 3 wurden zurückgezogen, 21 Petitionen, über welche Kommissionsberichte vorliegen, sind nicht zur Verhandlung im Plenum gelangt; über eine Petition, welche von der Petitionskommission für nicht geeignet zur Erörterung im Plenum erachtet wurde, ist eine weitere Erörterung beantragt worden; sie blieb beim Schlusse des Reichstages unerledigt. 1341 Petitionen sind auch in den Kommissionen nicht mehr zur Beratung und Beschlußfassung gelangt, darunter 775 betr. die Abänderung von Bestimmungen über das Postwesen, 246 betr. den Postzeitungstarif. — Von den 397 Reichstagsabgeordneten haben während der ganzen Tagung 187 das Wort genommen. Von diesen haben sich aber 53 mit einer einzigen Rede, 22 mit zwei Reden begnügt, während 64 Herren sich in den Grenzen von drei bis acht Reden hielten. Die verbündeten Regierungen sind durch 51 Redner im Reichstage vertreten worden, von denen 13 einmal und 16 zweimal sprachen. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Graf von Posadowsky steht mit 79 Reden weitaus an der Spitze der Liste. Es folgt ihm in weitem Abstande der Nationalliberale Dr. Paasche mit 60 Reden, diesem der Centrumführer Dr. Lieber mit 58 Reden. Sodann erscheint der freisinnige bayerische Rechtsanwalt und Gutsbesitzer Beckh mit 51 Reden, der schwäbische Centrumsjurist Gröber mit 47 und der socialdemokratische Führer Bebel mit 46 Reden. Der unerbittliche Gegner des letzteren, Frhr. von Stumm, hat es auf 40, Abg. Richter auf 38 und der Nationalliberale Dr. Hammacher auf 37